



PERSPEKTIVEN

für eine moderne und lebendige Volkspartei
Reformpisten für die CSV

von Marc Thewes und Marc Glesener

I. EINLEITUNG

6

1. Unser Auftrag
2. Der Konsultationsprozess
3. Wie es weitergeht

II. RÜCKBLICK

9

1. Wahlausgang
2. 35 Jahre Regierung
3. Ein Jahr Opposition

III. DISKUSSIONSPUNKTE

11

1. Grundwerte
2. Differenzierung
3. Verbündete
4. Leadership
5. Förderung
6. Mitsprache
7. Miteinander
8. Kommunikation
9. Integration

IV. SCHLUSSFOLGERUNGEN

17

1. Mit Inhalten punkten
2. Die Partei als Denkfabrik
3. Grundsätzliches leicht gemacht
4. Neue Köpfe und Kompetenzteams

V. REFORMPISTEN

20

1. Inhalte (Programmatik)
2. Strukturen (Satzung)
3. Prozeduren (Debatte und Beschluss)
4. Personen (Leadership)

ANHÄNGE

25

- I: Beschlussantrag
- II: Die Volkspartei: Modern & lebendig

„Erneuerung entsteht durch freie Auseinandersetzung. Sie braucht Ziele, Werte und Regeln. Und natürlich ausreichend Bereitschaft zur Streitkultur.“

DIE AUTOREN

Marc Thewes (Jahrgang 1967) ist Rechtsanwalt in Luxemburg und Lehrbeauftragter an der Universität Luxemburg. Er hat zahlreiche juristische Bücher und Abhandlungen veröffentlicht und ist Mitherausgeber mehrerer juristischer Fachjournale. Marc Thewes ist seit 25 Jahren politisch tätig. Er war u.A. Generalsekretär der CSJ und Mitglied des Nationalkomitees der CSV.

Marc Glesener (Jahrgang 1969) ist Kommunikationsexperte und politischer Berater. Er arbeitete über 20 Jahre als Journalist und war Chefredakteur des „Luxemburger Wort“ und Mediendirektor bei Saint-Paul Luxembourg. Seit 2012 ist er als unabhängiger Unternehmer tätig. Vor seiner Journalistentätigkeit war Marc Glesener in verschiedenen Gremien der Partei aktiv. Er war u.a. Generalsekretär der Christlich-Sozialen Jugend und Fraktionssekretär der CSV-Fraktion. 2013 kandidierte Marc Glesener auf der CSV-Zentrumsliste fürs Parlament.

I. EINLEITUNG

Sonntag, 20. Oktober 2013, die vorgezogenen Landeswahlen, kurz Neuwahlen genannt, enden für die CSV enttäuschend: 34,05 Prozent der Stimmen, 23 Sitze. Die Partei erleidet somit einen Verlust von 3,95 Prozent an Wählerstimmen und hat drei Sitze weniger als zuvor im Parlament.

Noch am Wahlabend wird klar, dass DP, LSAP und Grüne die Gunst der Stunde nutzen und eine Koalition gegen die CSV bilden wollen.

Die Koalitionäre setzen allein auf die arithmetische Möglichkeit, zu dritt eine parlamentarische Mehrheit zu bilden. Obschon sie weiterhin die bei weitem stärkste politische Kraft im Parlament ist, wird die CSV, entgegen der politischen Gepflogenheiten, nicht einmal mehr konsultiert.

Es kommt zu Koalitionsverhandlungen, die am 29. November mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages abgeschlossen werden.

Damit endet abrupt ein Zeitraum von fast 35 Jahren, während dem die CSV nicht nur Teil des Regierungsbündnisses war, sondern dieses anführte.

DP, LSAP und Grüne regieren seitdem zusammen und das auf der Grundlage einer denkbar knappen Mehrheit von 32 Sitzen im Parlament.

Die CSV findet sich zunächst nur schwer damit ab, dass sie durch das Dreierbündnis die Regierungsmacht verloren hat. Die Rolle der Oppositionspartei ist den erfahrenen Regierungspolitikern der CSV fremd; sie muss erst erlernt werden, was umso schwieriger fällt, als die neue Regierung vornehmlich Vorhaben weiterverfolgt, die noch die eigene (CSV-)Handschrift tragen.

Das Unbehagen der Mandatsträger bedeutet jedoch nicht, dass sich die CSV als Partei in einer Krise befindet. Im Gegenteil! Sowohl Umfragewerte, wie auch das ausgezeichnete Resultat bei den Europawahlen im Mai 2014 zeigen, dass die CSV weiterhin hoch in der Gunst der Wähler steht.

Das wiederum soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Opposition unter anderem auch dazu genutzt werden soll, sich kritisch selbst in Frage zu stellen und interne Erneuerung zu wagen und konkret zu leben.

1. UNSER AUFTRAG

Die CSV hat bereits kurz nach den Wahlen beschlossen, die ihr aufgezwungene Auszeit dazu zu nutzen, ihre politischen Positionen neu auszuformulieren und ihre Strukturen zu überdenken.

Eine entsprechende Resolution wurde vom Nationalkongress am 8. Februar 2014 unter dem Titel „Für eine moderne und lebendige Volkspartei“ verabschiedet (siehe Anhang I). Darin wurde unter anderem beschlossen:

- die innerparteiliche Kommunikation und die Meinungsbildungsprozesse zu verbessern;
- die Mitglieder mehr als bisher einzubinden;
- einen offenen und partizipativen Diskussionsprozess bei wichtigen politischen Fragen zu initiieren;
- verstärkt auf die politische Weiterbildung der Parteimitglieder zu setzen;
- die inhaltlichen Schwerpunkte den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen anlehnend neu zu gewichten, um politische Positionen weiter zu entwickeln;
- den Dialog mit den Bürgern zu fördern;
- die strukturellen Aspekte der Partei und ihrer Gremien zu überdenken.

Um die internen Diskussionen zu diesen Themen und die Entscheidungen der Parteigremien vorzubereiten, wurden die Autoren der vorliegenden Abhandlung damit beauftragt, einen Bericht zu erstellen, der den Ist-Zustand der Partei beschreibt und Reformpisten struktureller (Statuten) und inhaltlicher (Programm) Art aufzeigt (siehe Anhang II). Die Grundlage für diese Arbeit sollten Gespräche mit Verantwortlichen der Partei und deren Unterorganisation sowie Unterredungen mit Vertretern befreundeter Organisationen und Verbände sein, allesamt also Personen, die der Partei nahestehen und es ermöglichen sollten, ein internes Stimmungsbild der CSV zu erstellen.

Eine weitere Grundlage für das in dieser Form bis dato einmalige Audit ist die im Dezember 2014 durchgeführte Meinungsumfrage zum Erscheinungsbild der Partei. Es ging hier darum, der Erwartungshaltung gegenüber der CSV, die von den Wählern empfundenen Parteikompetenz und andere Vertrauensaspekte zu ergründen. Die Umfrage wird zurzeit ausgewertet.

2. DER KONSULTATIONSPROZESS

Die Berichtersteller haben beschlossen, die durch eine statutarische Wahl legitimierten Vertreter der Parteiunterorganisationen (CSF, CSJ, CSV International, CSV Senioren u. CSG) und der vier Bezirke anzuhören.

In einer zweiten Phase fanden Gespräche mit einzelnen Parteimitgliedern statt, darunter auch solche, die sich in den vergangenen Monaten bereits in Interviews, offenen Briefen und anderen Positionspapieren zur Thematik geäußert hatten.

Uns ging es darum, ein Stimmungsbild der ganzen Partei einzufangen und zu verarbeiten. Das ist ein objektiver Ansatz, der mit diesem Dokument einen subjektiven Niederschlag findet. Subjektiv, weil er eine schwerpunktmäßige Synthese dessen darstellt, was die Autoren als wichtig und erwähnenswert zurückbehalten haben.

Das, was an uns herangetragen worden ist, haben wir ohne Angabe über die oder den Gesprächspartner in die Analyse einfließen lassen. Es kommt auf die Aussage an, nicht darauf, von wem die Aussage stammt.

3. WIE ES WEITERGEHT

Der vorliegende Bericht ist eine Etappe des vom Kongress beschlossenen internen Reform- und Erneuerungsprozesses der CSV.

Unsere Schlussfolgerungen und die hierin enthaltenen Empfehlungen wurden bereits im Nationalkomitee vorgetragen und werden jetzt dem Nationalrat vorgelegt.

Außerdem wird der Bericht an die Bezirke und Unterorganisationen weitergeleitet und dort innerhalb der Gremien und auf den demnächst stattfindenden Kongressen diskutiert. Diese Diskussionen münden in Beschlüsse und Anträge, die für den Nationalkongress bestimmt sind.

Zeitgleich hat jedes einzelne Mitglied die Möglichkeit, bis zum 25. Februar 2015 Kommentare und Anregungen einzubringen. Hierfür wurde eigens die Email-Adresse forum@csv.lu eingerichtet. Über diesen Prozess der Konsultierung wird anschließend ein zusammenfassender Bericht verfasst.

Höhepunkt des Konsultationsprozesses wird der Nationalkongress am 28. März 2015 sein.

Darauf folgt der konkrete Reformprozess, also die Umsetzung der prinzipiellen Beschlüsse mittels punktueller Satzungsänderungen und neuer Arbeitsmethoden.

II. RÜCKBLICK

1. WAHLAUSGANG

„Wir haben die Wahlen nicht verloren!“ Dieser Satz, der gebetsmühlenartig von den CSV-Granden in Kameras und Mikrophone gesprochen wird, prägt das öffentliche Bild der Partei in den Tagen und Wochen nach der Wahl.

Obschon die Aussage faktisch sicher nicht falsch war – der 20. Oktober 2013 war stimmenmäßig kein katastrophaler Tag für die CSV, die Partei hat sich als stärkste politische Kraft behaupten können, und Jean-Claude Juncker bleibt der mit Abstand best gewählte Politiker – entsteht bei vielen der Eindruck einer Partei, die sich an der Macht festklammert.

Betrachtet man den Wahlvorgang als Gesamtprozess, der sich aus dem eigentlichen Urnengang und den darauffolgenden Verhandlungen zur Bildung einer Regierung zusammensetzt, ist die CSV eindeutig unterlegen. Man hat verloren.

Die CSV wurde vom zweiten Akt der Wahl, den Verhandlungen zwischen möglichen Koalitionspartnern, von vornherein ausgeschlossen. Die Botschaft von DP, LSAP und Grünen war glasklar: Wir wollen keine Regierung mit der CSV.

Über die Gründe für diese ablehnende Haltung der CSV gegenüber steht eine parteiinterne Analyse bis heute aus. An unüberwindbaren inhaltlichen Differenzen und sich daraus ergebenden Vorbehalten lag es jedenfalls nicht, dass nicht einmal Sondierungsgespräche mit der CSV geführt wurden. Das belegen zahlreiche Wortmeldungen der Koalitionswilligen von damals.

2. 35 JAHRE UNUNTERBROCHENE REGIERUNGSBETEILIGUNG

Die CSV war von 1979 bis 2013 ununterbrochen an der Regierung beteiligt und stellte fast 35 Jahre lang den Regierungschef. Es war eine für das Land und die Partei äußerst erfolgreiche Ära.

Dieser Erfolg hatte jedoch auch Schattenseiten. Statt auf einer breiten Diskussion innerhalb der Partei zu fundieren, wurden die politischen Positionen der CSV in den letzten Jahren weitgehend von der Regierung festgelegt, so sehen es jedenfalls viele unserer Gesprächspartner. Die Partei – Gremien und Mitglieder – funktionierten nach dem von der Regierung vorgegeben Modus. „Was sollten wir da schon echt bewirken“, dieser Satz kommt an Basis immer und immer wieder, wenn es um die Ausrichtung der konkreten Tagespolitik geht. Die Stärke der Regierungspartei wurde eigentlich intern zur Schwäche.

Die Partei wurde weder als Ideengeber noch als kritischer Begleiter gesehen.

Die in den letzten Jahren verlorengegangene Möglichkeit, politisch gestaltend mitzuarbeiten, wird von einer Mehrheit unserer Gesprächspartner erwähnt. „Die Position der CSV haben wir oft über die Medien erfahren“. Immer wieder hörten wir von unseren Gegenübern, wie sie über Positionen der CSV aus der Presse erfuhren, statt in den Gremien, denen sie angehörten. Es wurde auch moniert, wie schwierig es oft gewesen sei, den Blickpunkt der Partei zu verstehen und anderen zu erklären.

Es wurde auch beklagt, dass politische Positionspapiere, die in den Gremien und Unterorganisation ausgearbeitet wurden, in den letzten Jahren in aller Regel von der Partei, also eigentlich von den CSV-Regierungsmitgliedern, ignoriert worden seien.

Die Regierungsbeteiligung wirkte in mancherlei Hinsicht lähmend auf die Partei. Unsere Gesprächspartner hatten letztendlich den Eindruck, dass „die da oben“ alleine über die Richtung der Politik, und damit auch der Partei bestimmten. Hiermit war man zwar unzufrieden, aber angesichts der regelmäßigen Wahlerfolge wurde sich über Jahre damit abgefunden. „Die da oben“ beriefen sich ihrerseits auf eine breite, ruhige und meist passive Basis, die jedoch tatsächlich aus der Verantwortung entlassen war und dies auch so akzeptierte.

3. EIN JAHR OPPOSITION

Es entsteht gelegentlich der Eindruck, die CSV hätte es bis heute nicht verkraftet, dass ihr im Herbst 2013 die Regierungsverantwortung entzogen wurde.

Das stört die Basis, die im Grunde näher an der gelebten Oppositionslogik dran ist, als manch einer der Gewählten. Wenn Vertreter der CSV sich zeitweise so benehmen, als ob der Partei ein „natürlicher Machtanspruch“ zustünde, der durch die derzeitigen Koalitionäre missachtet wird, stört das an der Basis.

Man mache letztlich das Spiel der Mehrheitsparteien, die nicht müde werden, das Nichtankommen der CSV in der Opposition zu kritisieren.

Die Parteibasis erwartet von der CSV eine konsequente und ganz besonders inhaltsorientierte Oppositionspolitik. Alternativen sollten klar herausgearbeitet und dem politischen Handeln von Blau-Rot-Grün konsequent gegenübergestellt werden. „Den Machtanspruch inhaltlich begründen, nicht historisch oder personalpolitisch“, so das empfohlene Leitmotiv für die CSV als stärkste Kraft in der Opposition.

III. DISKUSSIONSPUNKTE

1. GRUNDWERTE

„Die CSV ist eine werteorientierte Volkspartei. Das unterscheidet sie von anderen Parteien. Gerade in einer modernen Gesellschaft, die dem raschen Wandel unterworfen ist, ist es von allergrößter Bedeutung, dass ihr politische stabile Wertsetzungen zugrunde liegen“, so die Kongressresolution vom 8. Februar 2014.

Teil unserer Aufgabe war es, ein offenes Gespräch über die Grundwerte der Partei mit den Mitgliedern zu führen und zu ermitteln, welche Positionen überarbeitet werden müssen und wo die Schwerpunkte zu setzen sind. Die von uns gewünschte Diskussion über die Grundwerte hat aber nur bedingt stattgefunden.

Auf die Grundwerte der Partei angesprochen, antworten die meisten eher ausweichend.

Das Christlich-Soziale wird plakativ als Grundlage des volksparteilichen Anspruchs dargestellt. Fragt man nach, was nun konkret das Besondere am christlich-sozialen Anspruch der CSV ist, folgen in aller Regel Gemeinplätze. Es werden humanistische Grundwerte ins Feld geführt, wobei aber auf Nachfrage eingeräumt wird, dass auch die politische „Konkurrenz“ für solche Werte steht.

Anstatt auf die Grundwerte einzugehen, beriefen sich viele unserer Gesprächspartner auf den Charakter der Partei als Volkspartei. Dass die Partei nicht die Interessenvertretung einer sozio-ökonomischen Gruppe übernimmt, sondern versucht, die Interessen aller (also eigentlich das Gemeinwohl) zu verteidigen, wird von vielen als Grundwert gesehen.

Wenn überhaupt ein Wert konkret betont oder gesondert hervorgehoben wurde, dann derjenige der Familie. Dies wiederum könnte aber auch daran liegen, dass unsere Gespräche zeitgleich mit den ersten Enthüllungen über die von der Regierung geplanten Änderungen bei den Familienzulagen stattfanden. Wie dem auch sei: Familie ist offenbar ein Wert, der hoch im Kurs steht bei der CSV.

Auffallend war, dass kaum einer unserer Gesprächspartner direkt Textpassagen oder Stichwörter aus dem Grundsatzprogramm von 2002 als Argumentationshilfe benutzte. Wir hatten den Eindruck, als sei dieses Programm vielen im Detail nicht geläufig. Stattdessen wird auf der Grundlage der drei Buchstaben im Parteilogio improvisiert¹.

¹ Dazu ein Beispiel: Die Öffnung zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften wurde in den Gesprächsrunden öfters als nur schwer mit den Grundsätzen der Partei vereinbart dargestellt. Es wurde also ignoriert, dass das Grundsatzprogramm der Partei diese Entwicklung seit 2002 ausdrücklich befürwortet: „Partnerschaften ohne Trauschein stellen heute gängige Formen des Zusammenlebens dar. Verantwortungsbewusstsein und Solidarität sind auch in diesen Beziehungen ein wesentliches Element. Dies gilt ebenfalls für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Deswegen sind diese Formen des Zusammenlebens als Ausdruck der Entscheidungsfreiheit aller Menschen bezüglich ihrer persönlichen Lebensgestaltung, für uns schützenswert. Auch sie verdienen Respekt. Wir wollen sie gesetzlich anerkennen“ (Grundsatzprogramm, S. 36).

Es mag sein, dass dies eine Folge der ausgebliebenen politischen Diskussion ist, die wir bereits thematisiert haben. Ein großer Teil der Mitglieder scheint sich damit abgefunden zu haben, dass die Politik nur mehr verkündet wird und parteiinterne Diskussionen nicht stattfinden, ja sogar unerwünscht sind. Das Studium der Grundwerte der Partei, an denen die Sachpolitik gemessen werden müsste, wurde unter diesen Umständen überflüssig.

Aus den eher unstrukturierten Gesprächen, die wir geführt haben, ergibt sich das Bild einer Parteimitgliedschaft mit sehr weit gefächerten Wertevorstellungen. Einige Mitglieder haben streng konservative Vorstellungen, andere dagegen sind sehr progressiv eingestellt.

Als positiv werten wir, dass diese gegenteiligen, ja widersprüchlichen Meinungen in den Gruppengesprächen aufgegriffen und diskutiert wurden. Die Parteibasis ist durchweg tolerant und akzeptiert die Meinung der anderen. Was verbindet, ist das Gefühl, in einer Partei zu sein, die über soziale Gräben hinweg für jeden etwas zu bieten hat. Der Anspruch, eine Volkspartei zu sein, wird hier eindeutig erfüllt.

Diese Toleranz und breite Öffnung sollte in Zukunft absolut beibehalten und sogar noch unterstrichen werden, hieß es quasi unisono. Die Situation birgt natürlich Konfliktpotential in sich. Was absolut anerkannt, allerdings so nicht gefürchtet wird.

2. DIFFERENZIERUNG

Die Frage, was die CSV letztendlich von den anderen Parteien unterscheidet, wurde von unsern Gegenübern mehrheitlich damit beantwortet, dass die CSV als Volkspartei die Anliegen sämtlicher Bevölkerungsgruppen berücksichtigt.

Die breite Aufstellung (die „Partei fir jiddereen“) wird dabei als Fundament der Partei gesehen.

Differenzierung also durch Vielfalt. So könnte man die Aussagen darüber zusammenfassen, was denn eigentlich das Alleinstellungsmerkmal der Partei ist. Die CSV wird quasi von allen als eine Partei angesehen, die Politik sozusagen für alle sozialen Gruppen gestaltet.

Der Anspruch, die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen zu vertreten, wird im gleichen Atemzug als schwieriges Unterfangen bezeichnet.

Interessant ist die klare und absolut breit geteilte Absage an jede Form extremer Positionen. Die CSV als Partei wird als eine Art sozio-demographischer Abklatsch (im guten Sinne des Wortes) der luxemburgischen Gesellschaft gesehen; als eine Art politisches Pendant einer Einstellung, die auf einem stark ausgeprägten Bedürfnis nach Sicherheit und der Wahrung der eigenen Identität fußt.

Bedauert wurde von etlichen Gesprächspartnern aber, dass die Partei in ihrer Positionierung und Wortwahl nicht immer dem Anspruch gerecht wird, die Interessen aller sozio-demographischen Klassen ausgeglichen zu verteidigen. Besonders seitens mittelständischer und selbstständiger Mitglieder hörten wir den Vorwurf, die Partei habe ihre Positionierung und Außendarstellung zu stark auf den Arbeitnehmer ausgerichtet.

3. VERBÜNDETE

Die überwiegende Mehrheit unserer Gesprächspartner hat ein ganz konkretes Bild darüber, wer unsere Freunde sind: „die Mitglieder der C-Familie“, also Gewerkschaften, Sozialverbände und sonstige Organisationen, die dem „christlichen Lager“ zuzurechnen sind. Hier wird bedauert, dass informelle und/oder formelle Wege des Dialogs nicht mehr greifen. Es herrscht Unverständnis über das anscheinend beschädigte Verhältnis mit dem „Luxemburger Wort“, das für Viele im Prinzip immer noch als befreundet gilt (C-Familie).

Neue Verbündete oder besser gesagt neue Brücken zu sozio-professionellen Vertretungen und Akteuren der Zivilgesellschaft seien, so viele unserer Gesprächspartner, nicht aufgebaut worden. Die CSV habe zu stark aus einer Logik des Regierenden gehandelt und demnach nicht ausreichend auf eine breite Grundlage für ihr politisches Handeln gebaut.

Verbündete haben, heißt andere Meinung zulassen und diese dann auch in die Entscheidung einzubringen. Das habe nicht mehr in gewünschtem Maße funktioniert.

Den Berichterstattem ist aufgefallen, dass die in der EVP gegliederten ausländischen Schwesterparteien in diesem Zusammenhang von keinem unserer Gesprächspartner erwähnt wurden.

4. LEADERSHIP

Politik braucht Köpfe. Diese Erkenntnis stößt auf breiten Konsens.

Die Partei wurde über Jahrzehnte patriarchalisch geführt. Neben einem unangefochtenen Leader (Werner, Santer, Juncker...) stand stets ein entweder bereits designierter oder zumindest klar erkennbarer Nachfolger bereit.

Eine klare Mehrheit wünscht sich, dass die Partei auch in Zukunft von einer herausragenden Führungspersönlichkeit angeführt wird.

Wer das ist, müsse sich bestenfalls von selbst herausstellen. Der Weg der natürlichen Selektion müsse allerdings in einem integrativen Ansatz erfolgen. Leader und Team müssten auf Augenhöhe für die Politik der CSV stehen. Interessanterweise wird die Sache mit der gleichen Augenhöhe oft unterstrichen, fast schon so, als wäre eben dieses Miteinander irgendwie abhanden gekommen.

Direkte Kritik an der Person Jean-Claude Junckers gab es kaum. Die Einsicht, man habe in den vergangenen Jahren wohl zu viel auf das „Zugpferd“ Juncker gesetzt, ist hingegen weit verbreitet. Auffallend war, dass jede auch noch so verhaltene Kritik an Jean-Claude Juncker stets mit einem Zusatz wie „aber er hat viel für uns und das Land geleistet“ ergänzt wurde. Jean-Claude Juncker ist und bleibt unantastbar. Wäre er wieder in Luxemburg, würden sich wohl Viele wünschen, dass er erneut die Führung der Partei übernimmt.

Dennoch herrscht breiter Konsens darüber, dass eine neue Parteiführung und auch ein neuer Stil gefunden werden müssen.

Fast einhellig wird die Meinung vertreten, die Partei auf eine breitere Kompetenzbasis zu stellen. Viele finden Gefallen am Modell des „Kompetenzteams“, das um die Führungspersönlichkeit herum aufgestellt ist. Beispiel Europawahlen.

5. FÖRDERUNG

Zu den Aufgaben der Partei gehört es auch, die bestmöglichen Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen.

In diesem Punkt gab es am meisten Kritik an der Parteiobrigkeit. Die Auswahl der Kandidaten sei zu sehr in geschlossenen Zirkeln vorbereitet oder gar beschlossen worden.

Die mangelnde Erneuerung des politischen Personals war in sämtlichen Gesprächsrunden ein Thema. Die Debatte beschränkte sich jedoch in den meisten Fällen auf die Methodik bei der Aufstellung der Kandidatenlisten. Hier wird kritisiert, die Partei habe die Talente in den eigenen Reihen ignoriert und zu sehr auf Quereinsteiger und vermeintliche „Prominenz“ gesetzt.

6. MITSPRACHE

Die CSV unterstreicht in internen Publikationen oft, wie wichtig der Dialog unter den Mitgliedern ist, und betont mit gewissem Stolz, in einer Volkspartei sei es völlig normal, dass nicht alle die gleiche Meinung teilen.

Aus den Anhörungen ergibt sich jedoch ein markiert anderes Bild. Hier wurde öfters bedauert, dass Diskussionen innerhalb der Partei – in der Vergangenheit jedenfalls – weitgehend unterdrückt wurden. Mehrere unserer Gesprächspartner haben uns erklärt, dass sie sich oft nicht getraut hätten, ihre eigene Meinung zu äußern oder einer von einer Minderheit vertretenen Meinung beizupflichten.

Der vielgescholtene CSV-Staat hat ein Pendant, das bislang weniger aufgefallen war: Die Staats-CSV.

Über die Jahre hinweg hat die CSV ihre Funktion als staatstragende, weil stets größte Partei derart verinnerlicht, dass politische Diskussionen innerhalb der Parteigremien und auf den Parteikongressen faktisch nicht mehr stattfanden.

Die Politik wurde in den letzten Jahren vornehmlich auf Regierungsebene und mit Hilfe des Regierungsapparats gestaltet.

Die Parteigremien trafen sich wohl noch regelmäßig, aber deren Mitglieder berichten, dass dort eigentlich nur noch mitgeteilt und erklärt wurde, was bereits beschlossene Sache war, und das oft auch erst zu einem Zeitpunkt, wo die politische Ausrichtung bereits öffentlich war.

Uns wurde berichtet, wie die Mitsprache der Mitglieder gelegentlich geradezu unterdrückt wurde und wie diejenigen, die sich doch trauten, eine gegenteilige Meinung zu äußern, geradezu „untergebuttert“ wurden. Dies steht in krassm Widerspruch zur Selbstdarstellung der CSV und steht einer der Demokratie verpflichteten Partei schlecht zu Gesicht. Es muss also unbedingt dafür gesorgt werden, die Diskussionskultur in der Partei wieder zu beleben.

Der Wille, in den Parteigremien und -unterorganisationen wieder an der politischen Gestaltung teilzunehmen, ist heute groß.

Wer teilnehmen sagt, möchte in diesem Ansatz auch ernst genommen werden. Das bedeutet, dass das Engagement, das Einbringen, auch die Chance hat, Früchte zu tragen. Immer mehr Gremien (der Diskussion und der Debatte) machen in den Augen unserer Gesprächspartner an der Basis nur dann Sinn, wenn das Erdachte und Erschaffte auch in die konkrete Politik der Partei einfließt.

7. MITEINANDER

Unser Auftrag war es, ein Stimmungsbild der Partei zu erstellen.

Ein Thema ist dabei auch, wie die persönlichen Ambitionen Einzelner mit dem Gemeininteresse der Partei in Einklang gebracht werden können.

Naturgemäß ist Politik nicht nur ein Konkurrenzkampf mit anderen politischen Ausrichtungen. Auch innerhalb einer Partei findet ein ständiger Wettstreit darüber statt, wessen Ideen weiter verfolgt werden und wer dazu berufen ist, Verantwortung zu übernehmen.

Zahlreiche Gesprächsteilnehmer bedauerten uns gegenüber, dass die Aufstiegsmöglichkeiten in der CSV teilweise blockiert seien. Das unschöne Bild von Mandatsträgern, die „auf Ihrem Sitz kleben“, wurde mehrmals benutzt.

Dies unterstreicht wiederum das grundsätzliche Problem, dass es innerhalb der Partei kaum Möglichkeiten gibt, politisch gestalterisch mitzuarbeiten. Wer dies tun möchte, muss also ein Mandat anstreben, oder sogar mehrere kumulieren, um „mit dabei zu sein“.

Die von zahlreichen Gesprächspartnern geäußerte Erklärung „Ich bin in der CSV, weil ich der Allgemeinheit dienen möchte“ fanden wir, obgleich sie an sich banal ist, einprägsam, weil sie sich deutlich vom Bild einer machtbesessenen Partei absetzt.

Wer sich politisch betätigt, erlebt unvermeidbar gelegentlich auch Enttäuschungen. Es kommt vor, dass Mitglieder zwar nicht aus der Partei austreten, aber auf Jahre in den Hintergrund treten und sich nicht mehr politisch betätigen; ein Verlust für den Einzelnen und für die Partei insgesamt.

Im Laufe unserer Unterredungen mit unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Partei sind uns aber auch mehrmals einzelne Personen aufgefallen, die zwar weiterhin „mitmachen“, bei denen aber im Laufe des Gesprächs eine Unzufriedenheit, ja Verdrossenheit zu spüren ist. Es sind dies Mitglieder, die, wenn es um eventuelle Missstände in der Partei geht, immer nur das eigene Beispiel vorbringen, weil z.B. ihre Kandidatur nicht zurückbehalten wurde oder ihnen die Unterstützung verwehrt wurde. Oft fixierten sich diese Gesprächspartner auf einen Gegner, dem sie die Schuld für das eigene Scheitern oder Versagen zuwiesen.

Der Partei fehlt ein Mechanismus, diese Spannungen abzubauen. Es gibt keine Stelle, bei der sich Mitglieder melden können, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Wir regen deshalb an, einen oder mehrere Schlichter einzusetzen. Diese Schlichter können natürlich keine Beschlüsse fassen. Ihre Rolle besteht darin, Probleme aufzufinden und klärende Gespräche zu fördern.

8. KOMMUNIKATION

Sowohl bei der internen wie bei der externen Kommunikation sahen unsere Gesprächspartner gravierende Missstände.

Intern wird kritisiert, dass den Parteimitgliedern kaum Zugang zu politischen Dokumenten gewährt wird. Es besteht kein digitales Archiv, in dem der Einzelne, oder auch eine Arbeitsgruppe, die Position der Partei recherchieren könnte. Es scheint auch gängige Praxis zu sein, dass Beschlussvorlagen, die in Parteigremien diskutiert werden sollen, den Teilnehmern nicht im Voraus übermittelt werden und die vorgelegten Papierausdrucke am Ende der Besprechung wieder eingesammelt werden. Ein junges Mitglied eines Parteigremiums bemerkt in diesem Zusammenhang ganz richtig: „Wenn man mir so wenig Vertrauen entgegenbringt, muss ich mich doch fragen, was ich hier mache?“

Die Öffentlichkeitsarbeit der Partei wird weitgehend als schlecht bewertet. Wobei moniert wird, dass die CSV-Politik als solches schlecht verkauft wurde. Aber, was denn typisch war und hätte verkauft werden müssen, bleibt unklar.

Klar ist jedenfalls, dass in der öffentlichen Wahrnehmung in der Vergangenheit die Regierung dominierte und heute die Fraktion. Die Partei als Organisation hat kein eigenes Profil.

Allseits bedauert werden die gelegentlichen Medienberichte über einen Dissens innerhalb der Partei. Es wird vermutet, dass einige Mandatsträger Bedenken haben, sich in den Parteigremien öffentlich zu äußern, hierüber dann frustriert sind und versuchen, sich über Aussagen an Journalisten Gengung zu verschaffen. Würde dieser Eindruck sich bewahrheiten, wäre dies eindeutig ein Problem.

Ganz allgemein wird ein hoher Bedarf an professioneller und effizienter Kommunikation angemahnt. In einem der Bezirkskomitees wurde sehr konkret vorgeschlagen, den Generalsekretär in eine Art bezahlten Parteimanager umzufunktionieren, verantwortlich u.a. für die Kommunikation innerhalb der Partei und nach außen.

Stichwort interne Kommunikation: In diesem Punkt wurden vor allem neue Akzente im Bereich der politischen Information verlangt. „Wir wollen thematisch auf dem Laufenden gehalten werden und wissen, wie die Haltung der Partei in bestimmten Fragen ist. Information hat etwas mit Vertrauen in die Mitglieder zu tun“, so die Hauptaussage.

Bei aller Kritik an der Form darf nicht übersehen werden, dass eine erfolgreiche Kommunikation ausgereifte Inhalte und klare Richtungsbestimmungen voraussetzt. Bei der Kommunikation spielt der Inhalt die zentrale Rolle. Unausgeglichene Positionen und vage Aussagen können auch gut aufbereitet nicht ordentlich kommuniziert werden.

9. INTEGRATION

Ausländische Mitbürger an die CSV heranzuführen bedeutet vor allem, diese Mitbürger über den Weg der Information zu interessieren.

CSV International war im Grunde eine richtige Initiative, die allerdings nicht konsequent umgesetzt worden ist. Ein Neuanfang muss unbedingt angestrengt werden. Wobei die Mitgliedschaft hier nicht unweigerlich mit einem Eintritt in die Partei kombiniert werden sollte. Ein Schlüssel zum Erfolg liege hier, wie mehrfach unterstrichen wurde, in dem konsequenten Miteinander mit den luxemburgischen Ablegern unserer ausländischen Schwesterparteien. Darüber hinaus seien die Sektionen gefordert, ausländische Mitbürger über den Weg von gezielter Information an die Politik und damit an die Partei heranzuführen.

Als sofortige Maßnahme scheint unabdingbar, in Zukunft verstärkt mehrsprachig zu kommunizieren. Besonders der Internetauftritt der Partei, der zur Zeit durchwegs auf Deutsch verfasst ist, muss wenigstens in Teilen auch in anderen Sprachen (Französisch und Englisch, vielleicht auch Portugiesisch, Spanisch und Italienisch) angeboten werden.

Positionierungen der CSV in ausländerrelevanten Fragen müssten unbedingt auf deren Wirkung bei den Nicht-Luxemburgern überprüft werden; Stichwort Wahlrecht.

IV. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Partei steckt nicht in einer Krise, hat aber viel mehr zu verarbeiten als „nur“ das Wahlergebnis vom Oktober 2013. Sie muss gewissermaßen Last und Selbstverständnis der Regierungsverantwortung ablegen. Die Partei mutierte innerhalb von 35 Jahren von der Christlich-Sozialen Volkspartei zur Christlich-Sozialen Volks-Regierungspartei. Dies im Guten wie im Schlechten.

1. MIT INHALTEN PUNKTEN

Die Stärken der CSV sind ihre Mitglieder und ihre klare politische Positionierung (zu vergleichen mit der LSAP, die eben erst angekündigt hat, nun einen politischen Leitfadens ausarbeiten zu wollen²).

In den vergangenen Jahren hat die Partei es aber nicht vermocht, diese Stärken auszunutzen: Die Debatte mit den Mitgliedern wurde nicht nur nicht gefördert, sondern – wie uns beschrieben wurde – teilweise sogar vermieden.

Der Weg zurück in die Regierungsverantwortung sollte vor allem über

2 http://www.lsap.lu/lsap_ShowDoc_Lsap-leitet-parteiinternen-reformprozess-ein.2087-27-2.html

eine inhaltliche Schiene erfolgen. Die CSV muss mehr denn je versuchen, programmatische Weichen zu stellen und sich als Alternative zur aktuellen Regierung zu positionieren. Für das angestrebte Wiederregieren muss eine inhaltliche Strategie definiert werden. Dabei geht es in erster Linie darum, innerparteilich auf eine breite Einbeziehung von Kompetenzen und Talenten zu setzen. Nach außen hin muss die Darstellung und Artikulierung der (neuen) politischen Inhalte möglichst professionell und effizient gestaltet werden.

2. DIE PARTEI ALS DENKFABRIK

Die Partei in ihrer ganzen Breite muss es wieder erlernen, politische Positionen auszuarbeiten, statt sich, wie seit Jahren, darauf zu verlassen, dass die Richtung von der Regierungsebene (oder derzeit von der Fraktion) vorgegeben wird.

Die derzeitigen Parteistrukturen, die vor allem darauf bedacht sind, in sämtlichen Landesteilen Präsenz zu zeigen, eignen sich hierfür nur bedingt. Es sollten deshalb neben den bestehenden Gremien thematische Arbeitsgruppen eingerichtet werden, in denen alle Mitglieder mitarbeiten können.

Es geht nicht nur darum, die Partei sachprogrammatisch für die kommenden Wahlen neu aufzustellen. Die Partei sollte dauerhaft über Foren verfügen, in denen intern politische Diskussionen zu Sachfragen geführt werden. Die Arbeitsgruppen sollten interne „Think Tanks“ sein, die über die politischen Positionen der Partei nachdenken.

Mit solchen Arbeitsgruppen würde der Wunsch zahlreicher Mitglieder, sich stärker politisch gestalterisch einbinden zu können, erfüllt. Die Arbeitsgruppen würden gleichzeitig auch zur politischen und fachlichen Weiterbildung der Teilnehmer beitragen. Politische Talente könnten erkannt und gefördert werden, z.B. durch Auftritte als Berichterstatter bei Fachkongressen.

3. GRUNDSÄTZLICHES LEICHT GEMACHT

Ein gesondertes Problem stellt die von uns beobachtete Entfremdung der Parteimitglieder zum Grundsatzprogramm dar. Der Grund hierfür liegt nach unserer Einschätzung weniger an den Inhalten des Programms, als an dessen derzeitiger Form.

Die Partei kommt demnach unserer Meinung nach nicht daran vorbei, das wirklich Grundsätzliche neu zu erklären.

Geschehen sollte dies in kurzer, knapper und verständlicher Form. Die Partei braucht einen „Prinzipien-Leitfaden“, in dem sie auf wenigen Seiten³ erklärt, wofür sie steht. Es muss verdeutlicht werden, dass die christlich-sozialen Wertevorstellungen sich eben nicht alleine aus den Worten „christlich“ und „sozial“ extrapolieren lassen, denn das Image der Partei leidet darunter, dass viele – darunter auch die eigenen Mitglieder – die Werte der CSV auf die drei Buchstaben im Parteilogo reduzieren.

Das derzeitige Grundsatzprogramm umfasst teilweise auch langfristige politische Aktionsvorgaben. Unserer Ansicht nach sollten solche Aussagen in einem getrennten programmatischen Dokument („Unser Plan für Luxemburg“) enthalten sein.

3 Als Ergänzung zum Leitfaden könnte eine überarbeitete Fassung des derzeitigen Grundsatzprogramms als veranschaulichender Kommentar beibehalten und so der Tiefe der Wertevorstellungen der CSV Rechnung getragen werden.

4. NEUE KÖPFE UND KOMPETENZTEAMS

Bei unseren Gesprächen waren Personenfragen eher nebensächlich. Dennoch stellen sich der Partei auch in diesem Zusammenhang erhebliche Herausforderungen.

Der Verlust langjähriger Leader und wichtiger Aushängeschilder (Jean-Claude Juncker, Luc Frieden, aber auch François Biltgen, Marie-Josée Jacobs und Jean-Louis Schiltz) verbunden mit der ausgebliebenen Erneuerung der Partei stellen die wohl größte Herausforderung der kommenden Jahre dar. Ein Machtkampf innerhalb der Partei muss vermieden werden; jeder einzelne der in Frage kommenden Kandidaten muss Zurückhaltung üben und dem Parteiinteresse den Vorrang geben.

Die CSV-Fraktion setzt vorwiegend auf die Erfahrung früherer Regierungsmitglieder und langjähriger Abgeordneter. Diese Stärke könnte sich aber auch als Schwäche herausstellen, wenn die derzeit noch unkundigen neuen Parlamentarier der Mehrheitsparteien in einigen Jahren bei den Kommunal- und darauffolgenden Landeswahlen Kapital aus ihrem Abgeordnetenmandat ziehen können.

Um dem entgegen zu wirken, muss die Partei eine konsequente personelle Erneuerung anstreben.

Hierbei sollte nicht nur auf Mandatsverzichte erfahrener Politiker gesetzt werden. Dies zu tun würde eine personelle Erneuerung alleine auf der Grundlage der Kandidatenlisten von 2013 bedeuten und wäre zu eng. Die Partei sollte auch politisch und fachlich begabte Teilnehmer aus den Arbeitsgruppen ins Rampenlicht setzen, zum Beispiel mit Auftritten eines oder mehrerer „Juniors“, die zusammen mit einem erfahrenen Parlamentarier politisch Stellung beziehen. Das Modell des „Kompetenzteams“, mit dem die CSV anlässlich der letzten Europawahlen höchst erfolgreich war, könnte auch hier Anwendung finden.

V. REFORMPISTEN

Ein Teil unseres Auftrags ist das Aufzeigen konkreter Reformpisten. Wir haben uns hier darauf beschränkt, Denkanstöße zu liefern, keine vorgefertigten Abänderungsvorschläge zum bestehenden Grundsatzprogramm und den Parteistatuten. Derweil schlagen wir ganz allgemein eine neue Struktur dessen vor, was für die CSV grundsätzlich ist. Wir brauchen erklärende Worte über das weltanschauliche Fundament, auf dem wir unsere Politik aufbauen. Daneben bedarf es einer Art politischen Kompasses, der die Leitlinien konkreter Politik aufzeichnet; nicht ideologisch, sondern praktisch-richtunggebend. Dies entspricht dem immer wieder geäußerten Wunsch, klar und verständlich zu sagen, wer wir sind, was die Grundprinzipien unseres politischen Handelns sind und eben worin wir uns von anderen unterscheiden.

Nachfolgend unsere Empfehlungen in Sachen Inhalte, Strukturen, Prozeduren und Personen.

1. INHALTE (PROGRAMMATIK)

Es fehlt eine Definition („Mission Statement“) der Volkspartei. Der Anspruch der CSV, eine Volkspartei zu sein, muss deutlicher erklärt und begründet werden: Was meinen wir damit und wie belegen wir, dass wir dem Anspruch gerecht werden.

Das Grundsatzprogramm der Partei sollte überarbeitet werden, weil einige der darin gesetzten Ziele inzwischen erreicht wurden, aber auch weil einige Themen inzwischen erheblich wichtiger geworden sind (zum Beispiel

Datenschutz und Schutz der Privatsphäre). Die Grundsätze könnten gegebenenfalls in neuen Themenblöcken strukturiert und gewichtet werden.

Die Erklärung, wofür die christlich-soziale Gesinnung der Partei eigentlich steht, gibt es zur Zeit nur als Langtext (44 Seiten), was die Vermittlung dieser Erklärung erschwert. Selbst die eigenen Mitglieder kennen den Inhalt des Grundsatzprogramms nur bedingt. Es sollte versucht werden, die politischen Grundpositionen der Partei in kurze, einprägsame Formeln zusammenzufassen („CSV: Mir sti fir Gerechtekheet“).

Neben den politischen Zielen, die sich die Partei setzt, sollte klarer dargestellt werden, dass die Partei für menschliche Werte wie Vertrauenswürdigkeit, Kompetenz, Zuverlässigkeit, Geradlinigkeit usw. steht. Es gilt, einen Kontrapunkt zur sehr stark personenbezogenen Kommunikation der vergangenen Jahre zu setzen. Anders gesagt: Es gilt zu vermitteln, dass die CSV auch ohne Jean-Claude Juncker die richtige Wahl für die breite Mehrheit der Luxemburger bleibt.

2. STRUKTUREN (SATZUNG)

Die Partei ist zur Zeit geografisch (national, regional und kommunal) und nach soziologischen Gruppen (Junge, Alte, Frauen und, wenn auch mit Einschränkungen, Ausländer) organisiert. Von Mitgliedern, die sich engagieren wollen, wird erwartet, dass sie sich lokal melden und dann in der Partei hocharbeiten. Dieser Weg über die Lokalebene ist aber nicht jedermanns Sache.

Der Wunsch der Parteimitglieder, stärker in die politische Meinungsbildung eingebunden zu werden, ist unüberhörbar. Eine Antwort hierauf könnte das Einsetzen von (transversalen) Arbeits- oder Expertengruppen sein, an deren Arbeiten jedes Mitglied teilnehmen kann. Die Möglichkeit, Arbeitsgruppen einzusetzen, ist bereits jetzt in der Satzung verankert, jedoch müsste Artikel 54 weitgehend überarbeitet werden, damit die Arbeitsgruppen unabhängiger vom Nationalkomitee arbeiten können⁴. Die Arbeiten in diesen Gruppen sollten streng vertraulich sein und es müsste in der Satzung geklärt sein, an wen die Berichte der Arbeitsgruppen zu richten sind und was mit diesen Berichten danach geschieht (z.B. Einberufung eines Themenkongresses, aber auch die Möglichkeit, das Dokument mit Begründung an die Arbeitsgruppe zurückzuweisen).

Themen- und Fachkongresse sind ein weiteres wichtiges Instrument der politischen Arbeit. Ein öffentlicher Fachkongress sollte aber nur nach entsprechender Vorarbeit in den Parteigremien oder in den Arbeitsgruppen einberufen werden. Es stellt sich die Frage, wie stark ein Themenkongress die Partei politisch binden kann und auch für wie lange.

Die Rollenverteilung zwischen Partei und Fraktion, sowie – im Regelfall – den Regierungsmitgliedern sollte geklärt werden. Aus unserer Sicht ist die Partei für die Ausarbeitung langfristiger politischer Vorstellungen und Programme zuständig und für die Förderung politischer Talente. Fraktion und Regierung hingegen kümmern sich um das Tagesgeschäft und setzen dabei natürlich, soweit dies in der jeweiligen politischen Konstellation möglich ist, die Ansichten der CSV durch.

Es kann nicht so sein, dass sich die programmatischen Vorstellungen der Partei auf ein Fortführen der Tagespolitik der vergangenen Monate und Jahre beschränken.

4 Artikel 54. 1. Zum Studium besonderer Fragen und zur Bearbeitung bestimmter Studiengebiete werden im Rahmen der Partei Arbeitsgruppen gebildet. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen werden vom Nationalkomitee ernannt. Die den verschiedenen Arbeitsgruppen gestellten Aufgaben werden vom Nationalkomitee klar umgrenzt. 2. Die Präsidenten der Arbeitsgruppen werden vom Nationalkomitee gewählt. Sie sind verantwortlich für die Arbeit ihrer Gruppe, die im Rahmen der gestellten Aufgabe selbstständig handelt. Jede Arbeitsgruppe hat die Befugnis, für spezielle Fragen geeignete Fachleute selbstständig beizuziehen, die nicht unbedingt Mitglieder der Partei sein müssen.

Es sollte über ein neues politisches Gremium nachgedacht werden, in dem Fraktion, Nationalkomitee und Regierungsmitglieder zusammen tagen, unter Umständen zusammen mit einer gleichen Anzahl an „einfachen“ Mitgliedern.

In der Partei besteht ein erheblicher Ämterkumul, der teilweise sogar von der Satzung vorgeschrieben ist. Dies führt dazu, dass einzelne Mitglieder in den Parteigremien Gespräche vom Vortag weiterführen und somit die anderen Mitglieder gewissermaßen ausschließen. Es sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob diese Praxis nicht eingedämmt werden sollte.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einige Gremienmitglieder ihre Kandidatur nur stellen, weil das Gremium in ferner Zukunft einmal einen Vorschlag zur Besetzung erstellen wird. Wäre es nicht sinnvoller, die Vorentscheidung über die Listen einer Art „erweitertem Bezirkskomitee“ zu übertragen, dem sämtliche Gewählte angehören würden, und vielleicht auch einige Ersatzgewählte?

3. PROZEDUREN (DEBATTE UND BESCHLUSS)

Es gibt in Luxemburg derzeit einen deutlichen Trend zur direkten Demokratie mit Mitteln wie dem neu belebten Petitionsverfahren oder der von der Regierungskoalition vorgeschlagenen Volksbefragung. Es gibt in der Satzung der CSV keine vergleichbaren Instrumente. Weder können einzelne Mitglieder Resolutionsvorschläge (vergleichbar mit Petitionsanträgen) einreichen⁵, noch ist eine direkte Mitgliederbefragung vorgesehen. Hier gilt es nachzubessern, nicht nur um dem Zeitgeist zu entsprechen, sondern weil die CSV mehr interne Demokratie wagen sollte.

Eine Vorabprüfung der eingereichten Anträge scheint uns unerlässlich, und sei es auch nur, um unseriöse Anträge auszusortieren. Wir befürworten das Einsetzen einer Art Petitionsausschuss, der Resolutionsvorschläge prüft, vielleicht auch zusammengelegt, und dann an die Parteigremien weiterleitet. Es scheint uns nicht empfehlenswert, eine Internetabstimmung über solche Resolutionsanträge vorzusehen. Würde dieser Weg eingeschlagen, stellt sich nämlich die Frage, worüber der Kongress noch zu befinden hat.

Die Möglichkeit einer Mitgliederbefragung, auf Initiative etwa des Nationalkomitees, sollte in jedem Fall eingeführt werden. Hierbei sollte vornehmlich auf elektronische Abstimmungsmethoden gesetzt werden, die Möglichkeit einer Teilnahme mit anderen Mitteln (zum Beispiel Stimmabgabe in der Parteizentrale) jedoch eingeräumt werden.

Sollte die Möglichkeit einer direkten Befragung sämtlicher Mitglieder in die Satzung einfließen, stellt sich eventuell die Frage, ob es noch zeitgemäß ist, dass bei Kongressen nur Delegierte ein Stimmrecht haben. Dies entspricht nicht dem grundsätzlichen demokratischen Prinzip „Eine Person, eine Stimme“. Es muss allerdings beachtet werden, dass diese Maßnahme dazu beiträgt, einen gewissen Regionalproporz bei physisch stattfindenden Kongressen sicherzustellen, was bei Internetabstimmungen, die für jeden gleich leicht zugänglich sind, nicht erforderlich ist. Als Mittelweg wäre eine neue Kategorie von Kongressdelegierten denkbar, die per Internet-Voting bestimmt würden.

Um die parteiinterne Debatte zu fördern, empfiehlt besonders die CSJ, verstärkt auf digitale Diskussionsforen zu setzen. Ob dies allerdings statutarisch verankert werden soll bezweifeln wir. Diskussionsforen sind ein Instrument des politischen Dialogs, das von sämtlichen Gremien genutzt werden kann, auch ohne dass dies in der Satzung steht.

5 Laut Art. 34(4) der Satzung bleibt es derzeit den Sektionen, den Bezirkskongressen, den Bezirksvorständen und den Unterorganisationen sowie dem Nationalkomitee vorbehalten, Resolutionsanträge an den Nationalkongress zu richten.

Kommt es zu der von vielen Mitgliedern gewünschten neuen Diskussionskultur, muss auch dafür gesorgt werden, dass die von Partei- und Themenkongressen gefassten Beschlüsse und Resolutionen niedergeschrieben und verwaltet werden. Es muss ein Codex der Parteipositionen erstellt werden, und dieses Werk muss danach laufend aktualisiert werden. Dies stellt einen erheblichen Arbeitsaufwand dar, ist aber unabdingbar.

Und es wird sich auch die Frage stellen, wie verbindlich Kongressbeschlüsse sein sollen. Bei aller Begeisterung für eine neue Diskussions- und Streitkultur darf nicht außer Acht gelassen werden, dass dieses Modell die Partei auch lähmen könnte.

Auch muss unbedingt darüber nachgedacht werden, wie nach einem Beschluss mit den Mitgliedern und/oder Mandatären umzugehen ist, deren Position keine Berücksichtigung gefunden hat. In eben diesem Punkt kam es in der jüngeren Vergangenheit zu erheblichen Verwerfungen. Dann etwa, wenn Parteibeschlüsse öffentlich kommentiert und kritisiert wurden.

Der oft geäußerte Professionalisierungsanspruch müsste in den Statuten seinen Niederschlag finden. Sollten etwa neue Managementfunktionen oder -posten entstehen, sollten diese unbedingt genau statutarisch definiert werden.

4. PERSONEN (LEADERSHIP UND PERSONELLE ERNEUERUNG)

Die derzeitige CSV-Satzung enthält keinerlei Regeln darüber, wie der oder die Spitzenkandidaten (national und pro Wahlbezirk) gekürt werden. Braucht die Partei solche Richtlinien? Unserer Meinung nach müssen minimale prozedurale Vorgaben gelten und demnach auch festgeschrieben werden.

Wichtiger scheint uns, dass der Prozess der Kandidatenauswahl in Zukunft nicht erst wenige Monate vor der jeweiligen Wahl anläuft, sondern kontinuierlich erfolgt. Wir regen an, zu diesem Zweck eine Kommission einzusetzen, die sich regelmäßig (zum Beispiel alle sechs Monate) trifft, um über vielversprechende Kandidaten (zum Beispiel Teilnehmer des Mentoring-Programms, Teilnehmer an Kursen der CSV-Akademie und Arbeitsgruppenmitglieder) zu beraten.

Die endgültige Bestimmung der Kandidatenlisten soll Auftrag des Kongresses bleiben. Es wäre sicherlich demokratischer, sämtliche Mitglieder hierüber abstimmen zu lassen, aber eine solche Primärwahl würde bedeuten, dass die Listen der CSV durch eine Wahlkommission verkündet würden, statt publikumswirksam auf einem Kongress. Es wäre allerdings denkbar, einen Teil der Wahlmänner (Delegierten) von der Parteibasis per Internet-Voting bestimmen zu lassen.

Da in der Partei Enttäuschungen nicht ausbleiben (unter anderem im Zusammenhang mit der Wahllistenauflistung), möchten wir anregen, in der Satzung ein Schlichterverfahren vorzusehen. Der oder die Schlichter könnten von jedem Mitglied befasst werden, das findet, ihm sei Unrecht geschehen. Auftrag des oder der Schlichter wäre, den Streit durch Gespräche und Erklärungen zu bereinigen oder bei tatsächlich ungerechten Situationen, Ausgleichsvorschläge zu machen.

ANHANG I

CSV-NATIONALKONGRESS VOM 8. FEBRUAR 2014 – RESOLUTION

„Für eine moderne und lebendige Volkspartei“

Die CSV ist eine wertorientierte Volkspartei. Das unterscheidet sie von anderen Parteien. Gerade in einer modernen Gesellschaft, die dem raschem Wandel unterworfen ist, ist es von allergrößter Bedeutung, dass ihr politische stabile Wertsetzungen zugrunde liegen.

Damit die CSV sich auch im 21. Jahrhundert als attraktive politische Kraft und reelle Alternative zwischen Sozialismus und Liberalismus positionieren kann, muss sie sich weiter bemühen alle gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen und zu vertreten. Eine moderne Volkspartei lebt von der breiten Akzeptanz ihrer politischen Inhalte in der Gesellschaft.

Dieses Modell hat sich in den letzten Jahrzehnten als Erfolgsmodell erwiesen. Dieses Modell hat auch Zukunftspotential.

1.

Die CSV muss offen bleiben. Sie muss sowohl ihre traditionelle und loyale Stammwählerschaft, als auch neue Wähler erreichen.

Wenn sie dem Prädikat einer bürgernahen Zentrumspartei gerecht sein will, muss sie ständig an ihrem programmatischen Grundsatzprogramm arbeiten, sie muss ihre Schwerpunkte, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen anlehnend, neu gewichten und ihre politischen Positionen weiterentwickeln.

Die CSV hat es bis jetzt erfolgreich getan. Sie soll auch in Zukunft eine Politik für die gesamte Gesellschaft entwerfen, die den Ansprüchen und Bedürfnissen aller Gesellschaftsgruppen, aller Generationen, Männer wie Frauen, Luxemburgern wie Ausländern, Rechnung trägt.

2.

Da der Zugang von Frauen oft ein anderer ist, als jener von Männern, sollte man dies mehr berücksichtigen. Die CSV wird auch weiterhin darauf achten, dass die von ihr selbstvorgegebene Quotierung eingehalten wird. Es ist aber wesentlich, wenn die CSV neue Kräfte für die Partei gewinnen will, dass sie noch frauenfreundlicher werden muss.

3.

Eine offene CSV muss auch verstärkt auf neue und insbesondere auf junge Mitglieder setzen. Die CSV soll in diesem Kontext, die CSJ darin unterstützen, diejenigen Punkte ihrer Kongressresolution „Mir wëlle méi“ umzusetzen, die die Arbeit der Jugend betreffen. Über diese Unterstützung sowie die CSJ-Vorschläge, die sich allgemein auf die Parteiarbeit innerhalb der CSV beziehen, soll die Parteiführung gemeinsam mit der Parteijugend diskutieren und sich regelmäßig beraten.

4.

Eine Partei der Mitte ist eine Partei die dialogiert, die zuhört, die auf die Menschen zugeht. Die ständige Notwendigkeit die Politik einer Regierungsmannschaft zu vermitteln und umzusetzen, insbesondere unter den Bedingungen der modernen Mediengesellschaft, wie auch die fortschreitende Professionalisierung der Politik, haben während den letzten Jahren viel Zeit in Anspruch genommen. Die Opposition gibt mehr Zeit zum Dialog mit den Bürgern, und in erster Linie mit den Mitgliedern.

Wir müssen die Lücke zwischen Politik und Bürger/innen schließen, indem wir die CSV als Volkspartei, sprich als Mitgliederpartei, stärken.

Eine lebendige Volkspartei braucht engagierte Mitglieder, die aktiv mitgestalten. Die Mitglieder sollen mehr als bisher eingebunden werden und sie sollen verstärkt die Möglichkeit haben, sich bei wichtigen politischen Fragen in einem offenen und partizipativen Diskussionsprozess einzubringen. Somit gewinnt die Mitgliedschaft an Attraktivität und Gewicht.

Die Attraktivität der Mitgliedschaft wird noch gesteigert, wenn die Mitglieder gezielt nach ihrer Meinung in den Bereichen gefragt werden, in denen sie über eine besondere Kompetenz verfügen. Es gilt also nicht nur die aktive Mitgliedschaft als Solche zu ermutigen, sondern die Kompetenzen jedes Einzelnen konsequenter einzusetzen.

Konkret müssen die innerparteiliche Kommunikation und die Meinungsbildungsprozesse in Zukunft verbessert werden, indem:

in regelmäßigeren Abständen Konferenzen, Themenparteitagen ... usw. durchgeführt werden sollen, um 1. die Basis zu informieren, 2. Vorschläge zu bestimmten wesentlichen politischen Themenbereiche zu äußern und damit 3. eine breitangelegte Diskussion zu fördern. Die endgültigen Positionen der Partei werden weiterhin vom Nationalrat und -kongress verabschiedet.

alle Parteigremien ihre Arbeit darauf ausrichten sollen, die Mitglieder in Kernfragen der Politik besser zu informieren und die zentralen Argumente der CSV in anschaulicher Form zu präsentieren.

innerparteiliche Arbeitsgruppen wiederbelebt werden sollen. Neben Mandatsträgern sollen auch fachlich kompetente Mitglieder oder externe Experten zu diesen Arbeitsgruppen gehören. Dies ermöglicht der Partei sich ein breitgefächertes und qualifiziertes Meinungsbild zu einzelnen Fragestellungen zu bilden.

5.

Es gilt ebenfalls die Verantwortung aller Mitglieder für die Parteiarbeit zu stärken. Wir brauchen aktive verantwortungsvolle Mitglieder, die zur Eigeninitiative bereit sind, die sich nicht scheuen auch außerhalb der Parteistrukturen und –versammlungen sich öffentlich zu Wort zu melden.

Wir müssen daher verstärkt in die politische Weiterbildung der Parteimitglieder setzen. Politische Talente sollen konsequenter in die Gremien integriert werden. Ein besonderes Augenmerk soll auch auf die Weiterbildung neuer Mandatsträger gelegt werden, die optimiert werden soll.

6.

Eine systematische Förderung der aktiven Mitgliedschaft setzt aber auch eine gute Integration und Betreuung der neuen Mitglieder voraus. Einiges wurde in letzter Zeit auf diesem Gebiet vorgenommen. Die Anstrengungen müssen auf jeder Ebene weitergeführt und ausgebaut werden (Ansprechpartner auf lokaler Ebene für die neuen Mitglieder, „tuteur“ für die neuen Mandatsträger). Die Mitglieder, insbesondere die neuen, sollten auf jeden Fall eine Einführung in die Kommunikationsmöglichkeiten der CSV erhalten und über den verantwortungsvollen Umgang und Benutzung der digitalen Kommunikationsinstrumente aufgeklärt werden.

7.

In Oppositionszeiten gilt es auch den strukturellen Aspekt der Partei und ihrer Gremien zu überdenken. Es gilt die Statuten anzupassen und für eine ausgewogene Zusammensetzung der Gremien zu sorgen. Es ist wichtig, dass die nationalen Gremien ein Spiegelbild der gesamten Partei und somit der luxemburgischen Gesellschaft sind. Es ist aber auch wichtig in Zeiten der Opposition, dass Mitglieder oder Mandatsträger, die besondere Kompetenzen haben, den Weg in die nationalen Gremien finden. Die Statuten sind dementsprechend anzupassen.

8.

Um Brücken zu den verschiedenen Gesellschaftsgruppen zu bauen, reichen traditionelle Parteivereinigungen und -organisationen wie traditionelle Kommunikationsinstrumente nicht mehr aus. Die CSV braucht neue Integrationswege sowie neue offensive Formen der Kommunikation, um den Dialog mit den Bürgern aufrechtzuerhalten und neu zu beleben.

Die neuen Online-Instrumente könnten durchaus gezielter angewendet werden, sowohl für die interne, als auch für die externe Kommunikation. Die CSV soll untersuchen inwiefern sich die neuen digitalen Möglichkeiten als Integrationsmittel für die Mitglieder eignen und eine diesbezügliche Strategie entwickeln. Die neuen Integrationsmittel können besonders bei Eltern von Kleinkindern wie bei Menschen mit eingeschränkter Mobilität, die sich für die Politik begeistern, eingesetzt werden. Auf jeden Fall gilt es die externe Kommunikation zu verbessern und wirksamer zu gestalten. Auch hier sollte eine Strategie ausgearbeitet werden, die sowohl die modernen Medien wie auch die traditionellen Kommunikationsinstrumente miteinbezieht. Ziel ist es, die vielfältigen Informations- und Kommunikationskanäle zu nutzen, um unsere Ideen jedem zugänglich zu machen.

9.

Da für die CSV die Familien ein wichtiger Bestandteil sind, sollte man noch darauf achten, dass nicht nur die Veranstaltungen so organisiert werden, dass Eltern daran teilnehmen können. Auch die Arbeit in den Gremien selbst sollte dementsprechend ausgerichtet werden. Familie und Politik darf kein Widerspruch sein, beides muss und kann vereinbar sein.

ANHANG II

DIE VOLKSPARTEI: MODERN & LEBENDIG

Bestandsaufnahme, Analyse und mögliche Reformen

Der Nationalkongress vom 8. Februar 2014 hat im Leitantrag „Für eine moderne und lebendige Volkspartei“ u.a. beschlossen:

- die innerparteiliche Kommunikation und die Meinungsbildungsprozesse zu verbessern;
- die Mitglieder mehr als bisher einzubinden;
- einen offenen und partizipativen Diskussionsprozess bei wichtigen politischen Fragen zu initiieren;
- verstärkt auf die politische Weiterbildung der Parteimitglieder zu setzen;
- die inhaltlichen Schwerpunkte den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen anlehnend neu zu gewichten, um politische Positionen weiterzuentwickeln;
- den Dialog mit den Bürgern zu fördern;
- die strukturellen Aspekte der Partei und ihrer Gremien zu überdenken.

Um die internen Diskussionen und Entscheidungen vorzubereiten wurden Marc Thewes und Marc Glesener beauftragt, einen Synthesebericht zu erstellen, der den Ist-Zustand der Partei beschreibt und Reformoptionen struktureller (Statuten) und inhaltlicher (Programm) Art aufzeigt.

Grundlage für diese Arbeit sollen Gespräche mit Verantwortlichen der Partei, der Unterorganisationen, befreundeter Organisationen und Verbände sowie außenstehender Experten sein. Einbezogen sollen auch jene CSV-Mitglieder werden, die nach der Wahl vom 20. Oktober Reformen und Neuaufstellungen anmahnten. Als Leitfaden für diese Konsultierung dient ein präziser Fragenkatalog, der auf dem Konkress-Antrag beruht (siehe Anhang).

Eine weitere Grundlage für die Bestandsaufnahme stellt eine umfassende Umfrage dar, die in Auftrag gegeben wird. Dabei sollen Erscheinungsbild der Partei, Erwartungshaltung gegenüber der CSV, die Parteikompetenz empfunden von den Wählern und Vertrauensaspekte analysiert werden.

FRAGENKATALOG

- Die CSV will eine wertorientierte Volkspartei sein. Was bedeutet das? Was unterscheidet sie von anderen Parteien?
- Eine moderne Volkspartei lebt von der breiten Akzeptanz ihrer politischen Inhalte in der Gesellschaft. Spricht die CSV alle gesellschaftlichen Gruppen an und vertritt diese auch?
- Die CSV will an ihrem programmatischen Grundsatzprogramm arbeiten, und ihre Schwerpunkte, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen anlehnend, neu gewichten und ihre politischen Positionen weiterentwickeln. In welchen Punkten und Politikfeldern sollte/muss das passieren?
- Die Lücke zwischen Politik und Bürger/innen soll geschlossen werden, indem die CSV als Volkspartei, sprich als Mitgliederpartei, gestärkt wird. Was sollte konkret in diesem Sinne erfolgen?
- Die Mitglieder sollen mehr als bisher eingebunden werden und sie sollen verstärkt die Möglichkeit haben, sich bei wichtigen politischen Fragen in einem offenen und partizipativen Diskussionsprozess einzubringen. Wie und auf welcher Ebene sollte das geschehen?
- In Oppositionszeiten gilt es auch, den strukturellen Aspekt der Partei und ihrer Gremien zu überdenken. Es gilt, die Statuten anzupassen und für eine ausgewogene Zusammensetzung der Gremien zu sorgen. Die Statuten sind dementsprechend anzupassen. Welche Reformen sind besonders wichtig? Was muss geändert werden?
- Die CSV braucht neue Integrationswege sowie neue offensive Formen der Kommunikation, um den Dialog mit den Bürgern aufrechtzuerhalten und neu zu beleben. Welche Pisten sollten verfolgt werden?

IMPRESSUM

Redaktion: Marc Thewes – Marc Glesener

Layout: Claude Gaasch

Coverfoto: Marc Glesener

Druckverwaltung: Printsolutions

Auflage: 400 Exemplare

© 2015

